UNIVERSITY OF CALIFORNIA AT LOS ANGELES
NOV 9 1936
LIBRARY

Vormittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Montag, 19. Oktober	Nr. 1377

Ende der Deutschland-Reise der Brücken- und Straßenbauer.

Hamburg, 19. Oktober. Rund 100 Teilnehmer an der Internationalen Tagung der Brücken- und Straßenbauer trafen am Sonntag in Hamburg ein, wo ihnen im Rathaus ein feierlicher Empfang bereitet wurde.

Im Auftrage des deutschen Organisationsausschusses sprach Baurat **Sommerer**, der hervorhob, wie großartige Eindrücke die Deutschland-Reise sämtlichen Teilnehmern vermittelt habe.

Für die ausländischen Gäste dankte Professor **Weiß-Riga** für den herzlichen Empfang. Die Deutschland-Reise werde sämtlichen Teilnehmern Zeit ihres Lebens unvergeßlich bleiben.

Sudetendeutsche Kundgebung im Bezirk Marienbad.

Prag, 18. Oktober. Der Kirchweih-Sonntag im Bezirk Marienbad stand im Zeichen eines großen Fahnentreffens der Sudetendeutschen Partei in Aussig und vereinigte viele tausend Menschen zu einer politischen Kundgebung.

Senator **Frank** erklärte, daß die Teilerfolge der sudetendeutschen Regierungsparteien nicht Erfolge dieser sogenannten Aktivisten sondern der SDP seien. Die Ziele der Sudetendeutschen Partei seien aber nicht Teilerfolge, sondern eine Neuordnung nach dem Glauben, daß jedes Volk eine gottgewollte Einheit ist. Die Befriedung Europas und der ganzen Welt sei nur möglich, wenn diese naturgewollten Einheiten der Völker eine ehrliche Verständigung durchführten, um die Lebensräume und Lebensrechte der einzelnen Völker zu verbürgen.

Die SDP habe es unternommen, den Lebensraum und das Lebensrecht des sudetendeutschen Volkes zu sichern.

„Wir fordern die sudetendeutsche Selbstverwaltung, die eine Anbahnung zur Lösung des sudetendeutschen Problems bedeuten könnte, wenn der ehrliche Wille zur Verständigung auch auf der anderen Seite gezeigt würde. Wir fordern alle jene auf der Gegenseite auf, die es ehrlich meinen, in unsere ausgestreckte Hand einzuschlagen.

„Ja, wir sind Revisionisten. Wir wollen aber nicht die Grenzen dieses Staates revidieren, sondern wir wollen die Revision aller verroteter Zeiten. Als solche spricht die Sudetendeutsche Partei jene Zeiten an, die in den Friedensverträgen und in ihren Zusatzverträgen ihren Niederschlag gefunden haben."

Bundeskanzler Schuschnigg vor der Vaterländischen Front.

Wien, 17. Oktober. Im Haus der Bundesgesetzgebung fand am Sonntagbeginn eine Tagung der Amtswalter der Vaterländischen Front statt, bei der Bundeskanzler **Schuschnigg** politisch bedeutsame Erklärungen abgab.

Nach einem geschichtlichen Ueberblick über das Werden Oesterreichs ging er zunächst auf die Besprechung wirtschaftlicher Fragen über. Er erklärte mit Nachdruck, daß eine Schillingabwertung nicht vorgenommen werde. Die Abwertung des Stillhalt bedeute Verteuerung der Rohstoffe und Erhöhung der Preise und eine nicht tragbare Verschlechterung des Lebensstandards für die gesamte Bevölkerung.

Dann kam der Bundeskanzler auf die Auflösung der Wehrverbände zu sprechen und schloß dieses Kapitel mit folgenden Worten:

„Hiermit entbinde ich den Vizekanzler Baar-Barenfels auf seinen eigenen Wunsch vom Oberbefehl über die Miliz der Vaterländischen Front. Als Oberstkommandierenden habe ich Feldmarschalleutnant Hülgerth, Landeshauptmann von Kärnten, berufen, Feldmarschalleutnant Hülgerth hat die Berufung angenommen."

Eine weitere bedeutsame Erklärung des Bundeskanzlers bezog sich auf die österreichische **Staatsflagge**. In Zukunft wird nach seiner Ankündigung die Krukenkreuzfahne der Vaterländischen Front auch im Inland der Staatsflagge gleichgestellt sein. Die Dollfußhymne wird neben der alten Hymne von Haydn zur zweiten Nationalhymne erhoben.

Dann nahm Dr. Schuschnigg zum Abkommen vom 11. Juli Stellung. Er erklärte, daß dieses Abkommen nicht von der innenpolitischen Seite zu betrachten sei. Die Selbständigkeit Oesterreichs und die Totalität der Vaterländischen Front sei über jeden Zweifel erhaben. Die Bedeutung des Abkommens liege vielmehr auf nationalpolitischem Gebiet. Es sei zu hoffen, daß mit ihm eines der schmerzlichsten Kapitel der deutschen Geschichte endgültig der Vergangenheit angehört.

„Wir wollen Oesterreich als souveränen Staat", so erklärte der Kanzler wörtlich, „jenes Oesterreich, das sich jetzt laut und deutlich als deutscher Staat bekennt, was ich in alle Zukunft auch nicht ändern will. Das österreichische Volk ist sich über alle augenblicklichen weltanschaulichen Gegensätze hinweg seiner kulturellen Gemeinschaft mit dem ganzen deutschen Volk bewußt. Wir sind eins mit der Auffassung der deutschen Reichsregierung, daß das Abkommen vom 11. Juli dem europäischen Frieden dient."

Bezüglich der Frage der **Monarchie** führte der Bundeskanzler aus: Propaganda und politische Tätigkeit der Monarchisten seien im Rahmen der Vaterländischen Front zulässig. Die Vaterländische Front habe Raum für alle, für diejenigen sowohl, die in der Monarchistischen, wie für diejenigen, die in einer nichtmonarchistischen Verfassung die ideale Staatsform sehen. Keine Staatsform, auch die monarchistische nicht habe Anspruch auf ewigen Bestand. Der Staat und nicht die Staatsform sei das Primäre. Die Lösung könne aber niemals von außen her beeinflußt werden. Die Entscheidung darüber habe nicht das Ausland, nicht einmal die österreichische Regierung, sondern nur das österreichische Volk. Eine solche Volksabstimmung sei augenblicklich gewiß nicht in Blickweite. Trotzdem aber sei festgehalten, daß die Zeit der Beschränkung der österreichischen Souveränität auf alle Fälle vorüber ist. Weiterhin erklärte der Kanzler, daß das nächste Ziel seiner Regierung die Durchführung der Dollfuß-Verfassung sei.

Präsident Lebrun in Straßburg.

Paris, 18. Oktober. Präsident **Lebrun** hielt am Sonntag seinen Einzug in **Straßburg**. Unter militärischen Ehren und unter der Anteilnahme der Bevölkerung wurde das Staatsoberhaupt von den Vertretern der Stadt und der Departements Elsaß und Lothringen zunächst zum Rathaus, dann zur Präfektur und schließlich zum Gefallenendenkmal geleitet. Anschließend fand eine Truppenschau statt. Am Nachmittag trat der Präsident die Rückreise nach Paris an.

Aus den Ansprachen der elsässischen Redner sowohl am Gefallenendenkmal wie beim Festmahl läßt sich die Erregung der Grenzlande über den innerfranzösischen Zwiespalt herauslesen. Wenn das Wort stommunismus auch nicht gefallen ist, so darf man in dem wiederholt geäußerten Wunsch, der Besuch des Staatsoberhauptes möge eine Bürgschaft für die Wahrung der elsässischen Sitten und Bräuche sein, eine versteckte Anspielung auf jüngste Ereignisse sehen.

Bevor Lebrun, in dessen Begleitung sich der betagte **Millerand** befand, zur Einweihung des Denkmals das Wort ergriff, sprach der Unterstaatssekretär für Elsaß-Lothringen, **de Tessan**.

Er führte aus: Frankreich habe sich trotz aller Hindernisse bemüht, ein möglichst wirksames und vollständiges Friedenssystem zu schaffen. Seine Doktrin dürfe nicht, weil sie viel Hochherzigkeit anderen gegenüber enthalte, als Ansehen der Schwäche ausgelegt werden. Frankreich sei sich seiner Stärke durchaus bewußt. Das Land werde einig zusammenstehen, wenn die nationale Unabhängigkeit gefährdet würde.

Der Ministerpräsident habe kürzlich die internationale Aktion Frankreichs gekennzeichnet und dabei bemerkt, daß sich Frankreich stets wegweisend werde, einem Zwang nachzugeben, daß es in jeder Lage die stolze Haltung bewahren werde, die einer freien Demokratie anstehe, die um ihre Unabhängigkeit ebenso besorgt sei, wie sie die Unabhängigkeit anderer Länder achte. Frankreich sei von keinem Eroberungswillen beseelt, es bedrohe niemanden.

Wiederholt habe der Reichskanzler erklärt, daß kein Gebietsstreit mehr zwischen Deutschland und Frankreich bestehe. De Tessan zitierte aus der Reichstagsrede des Führers vom 21. Mai 1935 die Erklärung, daß die deutsche Nation nach der Regelung der Saarfrage feierlich gebietsmäßige Forderungen weder an Frankreich stellen werde, womit hoffentlich ein für allemal der Streit zwischen beiden Mächten begraben sei.

„Wir haben von dieser Erklärung Kenntnis genommen, was man einst die elsässische Frage nannte, ist also endgültig geregelt. Das Elsaß als französisches Gebiet ist völlig in Frankreich einbezogen worden."

Präsident **Lebrun** legte hierauf ein Bekenntnis zu den Grenzlanden ab, deren Einstellung er als Sohn Lothringens zu würdigen wisse. Die Welt durchlebe gegenwärtig schwere Stunden. Die aus einer langen schweren Krise geborenen Leiden hätte ihre Nerven auf eine harte Probe gestellt. Ueberall wie Verärgerung, Mißtrauen, Agitation und sogar der Ruf nach den Waffen. Frankreich könne sich das Zeugnis ausstellen, daß es keine Verantwortung an diesem Zustand trage.

Gleich nach dem Kriege habe es dem Frieden und der Völkerverständigung große Opfer gebracht. Es habe ein gutes Beispiel der Vernunft und der Mäßigung gegeben. Es habe sich bemüht, zwischen den extremen Strömungen, auf die die Völker mehr und mehr hinzusteuern schienen, das richtige politisch, soziale und wirtschaftliche Gleichgewicht zu halten, zu dem die Welt wohl werde zurückkehren müssen, wenn sie wieder das Glück von neuem erleben wolle.

Die Aufgabe Frankreichs sei nicht zu Ende. Sie wachse vielmehr von Tag zu Tag in dem Maße, in dem die Schwierigkeiten zunähmen. Wenn man auch darüber streiten könne, durch welche Verfahren man am besten das allgemeine Unbehagen drosseln könnte und wenn sich auch jedes Volk auf ein System festlege, das seiner Geistesart nach seinem Temperament entspreche, so stehe doch eines außer Zweifel: ein großer Staat könne nur dann beim allgemeinen Aufbau mitreden, wenn er ein Beispiel sei für ruhige Ordnung, ruhige Stärke und Vertrauen auf sein eigenes Schicksal.

Lebrun entwickelte diesen Gedanken dann weiter unter Hinweis auf die Notwendigkeit, die überkommenen Sitten und Gebräuche zu heiligen und wieder jenes „Klima" zu schaffen, das notwendig sei für den Bestand der kinderreichen Familien, die einst die Stärke und das Ansehen Frankreichs ausgemacht hätten. Unterordnung unter die Autorität, bürgerliche Eintracht, sozialer Frieden, allgemeine Duldsamkeit seien doch wahrlich keine allzuschweren Forderungen in einem Land freier und alter Demokratie, wo jedem Bürger der Schutz der Gerechtigkeit und eine großzügige Hilfe gesichert seien. Gewiß behaupte man, daß die innere Zwietracht nur scheinbar in Frankreich vorhanden sei. Und sicher werde Frankreich, falls sich morgen am Horizont die Gefahr abzeichne, wie stets in seiner Geschichte sich zur gemeinsamen Verteidigung seiner Sicherheit und seines Bodens zusammenfinden. Aber werde die Zusammenfassung der nationalen Kräfte durch die innerpolitischen Spaltungen nicht geschwächt sein an dem Tage, an dem sie zum Handeln bereit sein müßten? Sei es überdies nicht gefährlich, außerhalb der französischen Grenzen Verlockungen zu wecken auf Grund der falschen Vorstellung, die man sich dort hinsichtlich der Lage in Frankreich machen könnte?

Zum Schluß rief der Präsident alle Franzosen auf, sich die Hand zu reichen, und äußerte den Wunsch, daß die über die Grenzen hochherzig hingestreckte Hand Frankreichs eine Strömung der Annäherung, Eintracht und des Friedens auslösen möge, in der die Welt endlich ihre Ruhe und ihren Wohlstand wiederfinden werde.

Die Pariser Blätter zu den Sonntags-Reden.

Paris, 19. Oktober. Die Frühblätter befassen sich hauptsächlich mit den politischen Reden des Sonntags. „Eine Lawine von Reden ist über das Land gegangen!" **Ein Zug** der politischen Beredsamkeit!" „Es regnete Reden!" lauten die Ueberschriften der Zeitungen.

Während die Volksfrontblätter davon sprechen, daß „die Volksfront unerschüttert bleibt („Populaire"), sparen die Rechtsblätter nicht mit ironischen Bemerkungen.

Blum habe, so schreibt **Echo de Paris**, sich angeitrengt, die radikalsozialistische Partei zu beruhigen. Er habe die Radikalsozialisten gelobt und geliebkost wie ein Reiter sein scheuendes Pferd. All das sei aber nur äußerlich. Die tatsächliche Bedeutung der Rede Léon Blums in Orleans sei: „Ich gebe die Kommunisten niemals auf! Lieber eine Crise der Volksfront und Kammerneuwahlen!"

Im übrigen mache sich Blum selbst keine Wahnvorstellungen mehr vom Weiterbestand der Volksfrontregierung. Gewisse Stellen seiner Rede ließen deutlich durchblicken, daß er selbst den Mißerfolg der Volksfront bereits erkannt habe.

Figaro führt den Ueberfluß an Reden darauf zurück, daß die Mitglieder der Regierung in den letzten Tagen schlecht Wetter für die Volksfront gespürt hätten. Laut **Jour** war es Blums größte Sorge, eine Trennung zwischen Radikalsozialisten und Kommunisten zu vermeiden . . ."

Wichtig seien die drei Grundsätze, die Blum aufgestellt habe:

1. Keine Aenderung der Politik ohne Aenderung der Regierung.

2. In der augenblicklichen Kammer gibt es nur eine Volksfront-Mehrheit.

3. Wenn die Regierung gewechselt werden muß, dann Neuwahlen.

Blums Auffassung habe Radikalsozialisten und Kommunisten vor einem Bruch des Dreier-Kartells der Volksfront warnen wollen. Am nächsten Sonnabend werde man in Biarritz die Antwort der Radikalsozialistischen Partei erfahren.

Daranyi über die Außenpolitik Ungarns.

Rom, 17. Oktober. Der ungarische Ministerpräsident **Daranyi** gewährte dem **Stefani**-Vertreter eine Unterredung, in der er sagte, daß das System der bewährten Freundschaft, das bisher die Grundlage der ungarischen Außenpolitik gebildet habe, auch weiterhin befolgt werde. Eine der Grundpfeiler dieser Politik sei die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit nach den in den römischen Protokollen niedergelegten Grundsätzen. Seine Regierung sehe eines der Hauptziele in der Aufrechterhaltung und Entwicklung dieser Zusammenarbeit. Die konstruktive Friedenspolitik Italiens, Ungarns und Oesterreichs entsprecke nach seiner Ueberzeugung nicht nur den Interessen dieser Länder, sondern diene zugleich auch den großen Zielen der Befriedung Europas und der Grundsätze des wirklichen Friedens.

Schließlich erinnerte der Ministerpräsident an die italienisch-ungarische Freundschaft, die durch einmütige Zustimmung der ganzen öffentlichen Meinung Ungarns bestätigt und bekräftigt werde.

England bestellt Flugzeuge in Amerika?

London, 18. Oktober. Die englische Aufrüstung nimmt, worauf die verschiedensten Anzeichen schließen lassen, ein immer schärferes Tempo an. Dabei wendet sich das allgemeine Interesse vor allem der Luftaufrüstung zu, die allgemein als von entscheidender Bedeutung angesehen wird. Anscheinend reichen jedoch die gegenwärtigen fabrikatorischen Möglichkeiten für die Versorgung der britischen Luftmacht mit in Großbritannien gebauten Flugzeugen nicht mehr aus.

Der **Sunday Chronicle** berichtet, daß die britische Regierung deshalb beabsichtige, eine größere Anzahl von Motoren, Bombern und Kampfflugzeugen in den Vereinigten Staaten zu bestellen. Es handele sich bei den Bombern um Schnellstrahlbomber und 1000 PS-Kampfflugzeuge der Typen Martin, Northop, Vought und des Boeing-Kampfflugzeuges, das eine Geschwindigkeit von 450 km in der Stunde entwickelt. Das britische Luftfahrtministerium habe insgeheim die amerikanischen Flugzeuge eingehend durchgeprüft. Die Ergebnisse seien nach englischer Ansicht durchaus befriedigend gewesen.

Die britische Regierung beabsichtige weiter, umfangreiche Kredite anzuordern, um das erforderliche Kapital für den Neubau weiterer Flugzeugmotorenfabriken in England zur Verfügung zu stellen. Diese Industrie solle so bald als möglich auf Kriegsstuß gebracht werden. Bereits Mitte nächster Woche werde ein Ausschuß zusammentreten, um im Auftrage der Regierung einen Plan zur Durchführung dieser Absichten aufzustellen.

Neue Vertreter Madrids in Brüssel und Bern ernannt.

Paris, 17. Oktober. Der Gesetzanzeiger in Madrid verkündet eine Reihe von Veränderungen in den Restbeständen der diplomatischen Vertretungen. So wird zum Botschafter in Brüssel Angel **Asorio Gallardo** und zum neuen spanischen Gesandten in Bern Antonio Fabra **Rivas** ernannt.

Dagegen wurden der spanische Konsul in Santiago de Chile, Enrique Deltran **Manrique**, sowie der Sekretär des spanischen Konsuls in Antwerpen, German Burriel **Rodriguez**, ihrer Posten enthoben.

Unfreiwillige Enthüllungen durch ein Funkgespräch.

St. Jean de Luz, 18. Oktober. Am Sonntag hat man ein Funkgespräch zwischen dem roten Luft- und Marineminister **Prieto** und dem roten Kommandierenden in Asturien, **Zibo**, gehört.

Prieto fragte nach der Lage in Asturien, Zibo antwortete, daß er nichts Beruhigendes sagen könne. Prieto sagte darauftzin, daß die Nationalisten die Absicht hätten, Sotrondio zu nehmen, das von großer Bedeutung sei, um Gijon zu gewinnen. Auf die Antwort Zibos, daß die Nationalisten Sotrondio schon am 15 Ultimo genommen hätten, wurde die Unterhaltung plötzlich abgebrochen.

Am Sonntag trafen hier zwei politische Persönlichkeiten aus Madrid ein, die vor dem roten Terror geflüchtet waren. Sie bestätigten, daß am 12. Oktober 300 als „Spione" festgenommene erschossen worden seien.

Sowjetgeneralkonsul: „im Namen des katalanischen Volkes."

Moskau, 17. Oktober. Nach der kürzlich erfolgten Eröffnung der direkten Funktelephonie mehren sich die Funkreportagen mit den roten Sendern in Spanien. Am Sonnabend fand das erste Funktelephonat zwischen Moskau und Barcelona statt.

Die Sprecher im katalanischen Sender waren der kürzlich nach Barcelona entsandte sowjetrussische Generalkonsul **Antonow-Owsejenko** und der Kapitän des mit einer großen Schiffsladung für die Roten im Hafen von Barcelona eingetroffenen Sowjetdampfers „Syrjanin".

Der Kapitän schilderte eine zu Ehren der Schiffsbesatzung veranstaltete „gewaltige Kundgebung der Solidarität mit der Sowjetunion". Der bolschewistische Generalkonsul Antonow-Owsejenko sprach der Sowjetunion „im Namen des ganzen Volkes von Katalonien herzlichen Dank für die Unterstützung" aus.

Verantwortlich: Kurt Schwartzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.